

Anfrage in der Fragestunde der Fraktion der CDU

Wird die Drogenkriminalität am Bremer Hauptbahnhof staatlich finanziert?

Wir fragen den Senat:

Inwieweit wohnen Personen, die im Zusammenhang mit dem illegalen Handel von Betäubungsmitteln im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs polizeilich in Erscheinung getreten sind und nach Aussage des Senators für Inneres der organisierten Kriminalität angehören, nach Kenntnis des Senats in öffentlichen Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung?

Inwieweit befinden sich Angehörige des in Frage 1 skizzierten Personenkreises, trotz ihres illegalen Gewerbes, nach Kenntnis des Bremer Senats im staatlichen Leistungsbezug?

In welchem Umfang wurden in der Stadtgemeinde Bremen in den zurückliegenden 24 Monaten polizeiliche Maßnahmen zur Strafverfolgung im Zusammenhang mit Betäubungsmittelkriminalität in öffentlichen Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung durchgeführt und was folgte unter juristischen Gesichtspunkten jeweils aus diesen?

Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU